

Keine Hilfe aus München

Bürger-Windpark Langenzenn: Die Firma Wust will jetzt klagen

MÜNCHEN/LANGENZENN – Schlechte Nachrichten für den Bürger-Windpark Langenzenn: Die Staatsregierung will den Bau großer Windräder in Bayern schnell einschränken. Neue Regelungen sollen getroffen werden, sobald der Bundesrat die Angelegenheit – so die Zielrichtung eines Vorstoßes von Ministerpräsident Horst Seehofer – zur Ländersache gemacht hat. Der Projektierer, die Firma Wust Wind & Sonne, will nun klagen.

Denn jetzt ist jetzt klar: Auf der 80 Hektar großen Fläche nördlich des Langenzener Ortsteils Laubendorf, auf dem fünf Windkraftwerke entstehen sollen, geht weiter nichts voran. Am Montag protestierten, wie ausführlich berichtet, rund 80 Bürger bei einem Termin vor Ort gegen diesen Stillstand.

Bereits Ende Juli hatte das Landratsamt Fürth der Firma Wust eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung erteilt, die Anlagen zu errichten. Voraussetzung: die Unterschrift von Regierungspräsident Thomas Bauer unter den neu überarbeiteten Regionalplan, um diesen damit für verbindlich zu erklären.

Diese Signatur fehlt aber bis heute, weil die Regierung prüft, welche Konsequenzen der Seehofersche Vorstoß im Bundesrat haben könnte. Bekanntlich hatte der Ministerpräsident für 200 Meter hohe Anlagen einen Mindestabstand von zwei Kilometern zur nächsten Wohnbebauung gefordert.

Er sei „sehr enttäuscht“, sagte Geschäftsführer Erich Wust auf FN-Anfrage. „Es bleibt uns keine andere Wahl, wir werden eine Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht Ansbach einreichen.“ Die Rechtslage ist nach Wusts Ansicht „eindeutig“, die Unterschrift eine reine Formsache: „Herr Bauer ist dazu verpflichtet.“

Eine andere Entscheidung in München hätte sich auch Hans Herold gewünscht. „Ich habe darauf gehofft“, sagt der CSU-Landtagsabgeordnete, der noch auf eine Einzelfalllösung setzt. Das Projekt in Langenzenn sei nicht nur sehr weit gediehen, es herrsche auch „ein extrem hoher Konsens“ zwischen allen Beteiligten. *heh*

Haushalt: Trotz W

Stadtrat verabschiedet den Etat für 2014 –

VON JOHANNES ALLES

In etwas mehr als drei Monaten wählen die Fürther ein neues Kommunalparlament und ihren Oberbürgermeister. Bei den Haushaltsberatungen am Dienstag machte sich das nicht bemerkbar. Sehr sachlich und in überwiegend harmonischer Vorweihnachtsstimmung brachte der Stadtrat den Etat für 2014 auf den Weg, der vorsieht, in den Schuldenabbau einzusteigen und dennoch für Fürther Verhältnisse viel zu investieren. Am Ende verweigerten nur zwei Stadträte dem Zahlenwerk die Zustimmung.

FÜRTH – Zweimal – nämlich 2012 und 2013 – hat es die Stadt zuletzt geschafft, nicht noch mehr Schulden anzuhäufen. Jetzt geht man im Rathaus einen Schritt weiter: Im kommenden Jahr soll sich der Schuldenberg von fast 250 Millionen Euro um 2,5 Millionen Euro verringern. Der Stadtrat hat dafür nun seinen Segen gegeben. Fürth geht es finanziell zwar besser, trotzdem sind die Kassen leer.

„Wir hatten auch dieses Jahr kaum Gestaltungsspielraum“, klagte etwa der neue CSU-Fraktionschef und OB-Kandidat Dietmar Helm. Stattdessen regiere die Not, nämlich immer dann, wenn baufällige Brücken oder Gebäude zum Handeln zwingen. Wie berichtet, wird die Stadt 46,5 Millionen Euro investieren.

Viel Geld, genau genommen 5,5 Millionen Euro, muss das Rathaus freien Trägern zuschießen, die neue Kindertagesstätten (vor allem Krippen) bauen. Fast drei Millionen werden 2014 für die im Bau befindliche Dreifach-Turnhalle fällig und zwei Millionen für die Sanierung der Rosenschule, um einige der größten Posten zu nennen. Beim Brücken- und Straßenbau fließt eine erkleckliche Summe für den Neubau der Regnitzbrücke in Vach.

Während bei diesen Ausgabepunkten Einmütigkeit herrschte, wurde das geplante Ludwig-Erhard-Haus einmal mehr kontrovers diskutiert. Die Grünen forderten, auf dieses „Luxusprojekt“ zu verzichten, erhielten aber nur von einigen wenigen Einzelstadträten Rückendeckung. Wie erwartet, gab es auch ums Geld Dis-



Auf dem Weg der Besenbergs zu tilgen.

kussionen, das die S Verbänden zuschieft die zehnprozentige letzten Sparrunden plekt rückgängig ge Antrag aber zurück bürgermeister Thon Aussicht gestellt ha 2015 zu gehen. Im so der allgemeine Kürzung schon ei zurückgenommen w

„Einige Kompron

Kritische Töne mi von SPD-Fraktions anhören. Er warf c vor, den Rathausche der für die Schul Vergangenheit zu at diesjährigen Ha aber – ohne Geg